

## Forderungen des Deutschen Hauswirtschaftsrats zu einer Ernährungsstrategie im Koalitionsvertrag

Die Ernährungsstrategie der Bundesregierung ist ein Konzept zur Förderung einer nachhaltigen und gesunden Ernährung. Sie wurde vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) unter Einbeziehung von Expert\*innen und Wissenschaft entwickelt. Ziel ist es, Rahmenbedingungen für eine klimafreundliche, sozial gerechte und ausgewogene Ernährung zu schaffen.

Allerdings weist die Strategie Schwachstellen in der schrittweisen Umsetzung auf und richtet ihren Fokus bislang vorrangig auf die bedarfs- und bedürfnisgerechte Ernährung von Kindern und Jugendlichen. Die spezifischen Bedürfnisse älterer Menschen finden bisher nur unzureichend Beachtung. Auch für Fachkräfte in stationären Einrichtungen wie Pflegeheimen fehlen konkrete Maßnahmen.

Der Deutsche Hauswirtschaftsrat fordert daher, die Ernährungsstrategie um eine gezielte Berücksichtigung dieser wichtigen Zielgruppen zu erweitern. Gleichzeitig müssen die strukturellen Rahmenbedingungen und die strategische Planung der Maßnahmen optimiert werden, um eine nachhaltige, praxisnahe und bedarfsgerechte Umsetzung in allen Lebensbereichen sicherzustellen.

### **1. Finanzielle Absicherung und Sicherstellung der Strukturen hochwertiger Verpflegung in der Gemeinschaftsverpflegung.**

Der DHWiR fordert, dass die Verpflegung in sozialen Einrichtungen als fester Bestandteil der Finanzierung in Gesundheits-, Pflege- und Sozialleistungen verankert wird. Dies erfordert eine angemessene Refinanzierung, damit Einrichtungen die Qualitätsstandards in der Gemeinschaftsverpflegung – wie einen regionalen Bio-Anteil von mindestens 30 % – konsequent umsetzen können. Darüber hinaus sind praxisnahe Musterkonzepte für Träger sowie gezielte Fortbildungsangebote essenziell, um Fachkräfte in den Küchen gezielt zu schulen. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Bestellung, Lebensmittelauswahl, Rezeptentwicklung sowie die bedarfsgerechte und qualitätsorientierte Speisenzubereitung.

#### *Erläuterung:*

Die Ernährungsstrategie erwähnt zwar allgemeine Standards für die Gemeinschaftsverpflegung, jedoch fehlen konkrete Maßnahmen zur Verringerung der finanziellen Last für soziale Einrichtungen. Eine unzureichende Refinanzierung erschwert die Umsetzung solcher Standards, insbesondere in Einrichtungen, die keine geeigneten Strukturen (wie Küchen oder Speiseräume) vorhalten können und kaum Fachpersonal haben. Das Budget für den Tagessatz in sozialen Einrichtungen sollte sich am tatsächlichen Bedarf der zu verpflegenden Personen orientieren, anstatt sich ausschließlich an den

vorgegebenen finanziellen Mitteln zu bemessen, die oft nicht ausreichen, um eine optimale Verpflegung sicherzustellen.

## **2. Schrittweiser Umsetzungsplan der DGE-Standards**

Die Bundesregierung sollte einen verbindlichen Stufenplan zur schrittweisen Umsetzung der DGE-Standards in sozialen Einrichtungen bis 2030 vorlegen. Dieser Plan sollte klare Meilensteine und Förderansätze enthalten und ein Monitoring zur Überprüfung des Fortschritts integrieren.

### *Erläuterung:*

Obwohl die Ernährungsstrategie ambitionierte Ziele zur Umsetzung der DGE-Standards formuliert, fehlt eine detaillierte Roadmap sowie ein verbindlicher Plan zur praktischen Umsetzung. Insbesondere werden keine konkreten Maßnahmen zur Unterstützung der Einrichtungen bei der Einführung der DGE-Standards definiert. Ein Monitoring-Ansatz zur Zielerreichung fehlt ebenfalls.

## **3. Langfristige Förderung der Bio-Umstellung**

Der DHWiR fordert, dass die Bundesregierung die Umstellung auf regionale Bio-Produkte in sozialen Einrichtungen durch finanzielle Förderprogramme unterstützt. Diese Programme müssen langfristig tragfähig sein, insbesondere für soziale Einrichtungen mit begrenztem Budget.

### *Erläuterung:*

Die Strategie erwähnt zwar Beratungen zur Bio-Umstellung, jedoch fehlt eine konkrete Verbindung zur langfristigen Sicherstellung der Umstellung. Förderprogramme müssen diese Umstellung in sozialen Einrichtungen langfristig finanziell absichern. Es geht um Kompetenzerwerb, Prozessgestaltung und Transformation. Dies betrifft insbesondere Einrichtungen mit begrenzten finanziellen Mitteln wie etwa Pflegeheime oder Schulen.

## **4. Sicherstellung individueller Verpflegung in Pflegeeinrichtungen**

Der DHWiR fordert von der Bundesregierung Maßnahmen, um Einrichtungen ohne Produktionsküchen bei der Bereitstellung individueller, nährstoffreicher Kostformen für Menschen mit Pflegebedarf unter Berücksichtigung der Wertschöpfungskette zu unterstützen. Zudem sollen Fortbildungsmaßnahmen zur ganzheitlichen Ernährungskompetenz von Pflegefachpersonen sowie zur interdisziplinären Zusammenarbeit verpflichtend eingeführt werden. Dabei sollte der Fokus verstärkt auf die Strukturen in den Trägereinrichtungen, insbesondere auf die Verantwortung der Küchenleitungen, gelegt werden. Der Einsatz von Hauswirtschaftsfachkräften in der Verpflegung muss gestärkt werden, und für sie sollten verpflichtende Präsenzfortbildungen etabliert werden, um die Qualität und Fachkompetenz nachhaltig zu sichern.

*Erläuterung:*

Die Strategie lässt bisher offen, wie die spezifischen Bedarfe älterer Menschen wie etwa adaptierte Kostformen in Einrichtungen ohne Produktionsküchen berücksichtigt werden können. Das Outsourcing von Verpflegungsleistungen wird dabei nicht ausreichend thematisiert, obwohl es eine wesentliche Hürde darstellt. Eine stärkere Einbindung von Fachkräften aus der Hauswirtschaft sowie verpflichtende Fortbildungen in Präsenz sind notwendig, um eine qualitativ hochwertige Versorgung sowohl im Kita- und Schulbereich als auch im Bereich der Seniorenverpflegung zu gewährleisten. Zudem erleichtern verbindliche Standards für die Ausschreibung von Verpflegungsleistungen die Auswertung von Cateringangeboten.

**5. Ressourcen für Essensbegleitung und Betreuung im Bereich Pflege**

Der DHWiR fordert konkrete Maßnahmen und klare Zuständigkeiten, um die personellen Ressourcen für Essensbegleitung und soziale Unterstützung in Pflegeeinrichtungen zu stärken. In Ergänzung zur Pflege kann dies durch die Bereitstellung von zusätzlichem Personal wie z.B. die Einbindung von Hauswirtschaftsfachkräften zu gezielten Entlastungsmaßnahmen für Pflegefachpersonen werden. Zudem soll eine umfassende Studie zu den Fehlerfolgekosten von Mangelernährung in sozialen Einrichtungen durchgeführt werden, um diese transparent zu machen und gezielte Fördermaßnahmen zu entwickeln.

*Erläuterung:*

Obwohl die Bedeutung der sozialen Komponente von Essen und Trinken wie z. B. die Essensbegleitung im vorliegenden Konzept anerkannt wird, fehlen bisher Maßnahmen zur Entlastung der Pflegefachpersonen und Pflegeassistent\*innen. Der DHWiR fordert daher eine Stärkung dieser Ressource, um Mangelernährung vorzubeugen und die Lebensqualität der Pflegebedürftigen zu verbessern. Dies kann durch ein gut konzeptioniertes und über alle beteiligten Berufsgruppen kommuniziertes Ernährungsmanagement erfolgen. Dafür braucht es eine gesetzlich verpflichtende Ernährungsfachkraft vor Ort.

*An diesen Forderungen zur Ernährungsstrategie haben mitgewirkt: Nadia Bouraoui-Gretter, Christine Hopf, Costanza Müller, Rüdiger Rasche, Xenia Romadina, Martina Schäfer, Veronika Schaper, Elvira Werner. Der Deutsche Hauswirtschaftsrat ist ein Zusammenschluss von Akteuren in der Domäne Hauswirtschaft und übt für diese die politische Interessenvertretung aus. Wir sind Ansprechpartner für Politik und Gesellschaft, Partner für die Institutionen der Berufsbildung sowie Partner für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.*

**Deutscher Hauswirtschaftsrat**

Charlottenstraße 16

10117 Berlin

Tel.: 0160 93391732

[post@hauswirtschaftsrat.de](mailto:post@hauswirtschaftsrat.de)

[www.hauswirtschaftsrat.de](http://www.hauswirtschaftsrat.de)

Präsidentin: Ursula Schukraft

Amtsgericht Berlin-Charlottenburg VR 35629 B

